

QUARTALSBERICHT

Projektland: Südafrika

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Ergebnisse der Kommunalwahlen im Mai**
2. **Diskussion über Polizeigewalt und Gewalt gegen die Polizei**
3. **Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten des Verfassungsgerichts**
4. **Gesellschaftspolitische Analyse des Landes veröffentlicht**
5. **Fortsetzung: Gesetzesentwürfe zur Medienpolitik**
6. **Julius Malemas neuer Beitrag zur Landreform**
7. **Südafrikas Position zu Libyen**
8. **Zustimmung zur Übernahme Massmarts durch die US-Firma Walmart**
9. **Aktuelle Wirtschaftsdaten**
10. **Nachrufe Albertina Sisulu & Kader Asmal**

INNENPOLITIK

Kommunalwahlen vom 18. Mai 2011

Zu den Kommunalwahlen in Südafrika wurde ein ausführlicher Bericht mit einer Analyse der Ergebnisse verfasst. Dieser kann im Internet unter folgendem Link abgerufen werden: <http://www.hss.de/internationale-arbeit/themen/themen-2011/kommunalwahlen-in-suedafrika.html>.

Diskussion über Polizeigewalt und Gewalt gegen die Polizei

Am 13. April, während einer Protestaktion in einem Township in der Provinz Free State, wurde der 33-jährige Andries Tatane vor laufenden Kameras von der Polizei geschlagen und erschossen. Die Bilder wurden am selben Abend zur Hauptsendezeit in der Nachrichtensendung der öffentlichen Sendeanstalt SABC ausgestrahlt und lösten einen landesweiten Aufschrei aus. Die Bürger des Townships protestierten gegen die mangelhafte Dienstleistungserbringung der Kommunalverwaltung, wie zum Beispiel den fehlenden Zugang zu sauberem Trinkwasser. Solche Proteste, die in den meisten Fällen Gewalt sowie die Beschädigung von Häusern, Infrastruktur und Autos nach sich ziehen, haben in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Polizei dabei mit Schlagstöcken und Gummigeschossen

vorgeht, aber der Fall Andries Tatanes wiegt besonders schwer, weil dieser offensichtlich keine Gefahr für die Polizei darstellte.

Die Debatte über unangemessene Polizeigewalt wurde auch durch weitere Ereignisse, bei denen angeblich unschuldige Menschen von der Polizei erschossen wurden, angefeuert. Der Polizei wird vorgeworfen, zu schnell zur Waffe zu greifen. Laut einer Statistik des „Independent Complaints Directorate“ (ICD) starben zwischen April 2009 und März 2010 860 Personen in Polizeigewahrsam oder in Polizeiaktionen. In 1667 weiteren Fällen wurde Körperverletzung gemeldet. Die Polizei auf der anderen Seite verweist auf die zunehmende Gewaltbereitschaft von Kriminellen aber auch von Demonstranten und die jährlich steigende Anzahl ermordeter Polizisten. Gemäß dem Jahresbericht der Polizei sind im vergangenen Jahr 107 Beamte im Dienst ums Leben gekommen; dies ist eine der höchsten Raten der Welt.

Gareth Newham, Leiter des „Crime & Justice“ Programms am *Institute for Security Studies* in Pretoria, einem der renommiertesten afrikanischen Think Tanks für Sicherheitsfragen und ein langjähriger Partner der Hanns-Seidel-Stiftung, spricht von einem Teufelskreis der Gewalt. Seiner Meinung nach sind Polizeibrutalität und Polizistenmorde eng miteinander verbunden und bedingen einander. Er nennt unter anderem Herausforderungen auf Seiten der Polizei: Ein Problem könnte einerseits die Ausbildung sein, welche die Polizisten nicht genügend darauf vorbereitet, eskalierende Situationen gewaltfrei zu meistern. Auf der anderen Seite kann es auch an unpräzisen oder widersprüchlichen Anweisungen der Polizeiführung liegen.

Nachdem Polizeigewalt über Wochen eines der meist diskutierten Themen in den nationalen Medien war, ist zu erwarten, dass die Politik entsprechende Reformen einleitet.

Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten des Verfassungsgerichts

Präsident Jacob Zuma löste in juristischen Kreisen kontroverse Diskussionen aus, als er Anfang Juni die Amtszeit des Verfassungsgerichtspräsidenten (*Chief Justice*) Sandile Ngcobo für fünf Jahre verlängerte. Die südafrikanische Verfassung sieht vor, dass Verfassungsrichter – was den Präsidenten des Verfassungsgerichts einschließt – maximal zwölf Jahre und höchstens bis zum 70. Lebensjahr im Amt bleiben können. Eine Verlängerung der Amtszeit für Richter unter 70 Jahren ist nur mit parlamentarischer Zustimmung zulässig. Die Verlängerung von Chief Justice Ngcobo, der erst 58 Jahre alt und seit 12 Jahren in Amt ist, wurde jedoch von Präsident Zuma auf Basis eines widersprüchlichen Gesetzes aus dem Jahr 2001 gewährt. Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen reichten daraufhin eine Verfassungsbeschwerde ein. Die Anfechtungsklage stellt jedoch insofern ein Problem dar, weil Richter des Oberen Gerichtshofs Nord-Gauteng über die Amtszeit ihres Vorgesetzten entscheiden müssten. Dass dies das Justizsystem des Landes in eine ernsthafte Krise stürzen könnte, wurde sehr bald deutlich. Der ANC kündigte daraufhin an, einen Gesetzesentwurf zur Verlängerung von Chief Justice Ngcobos Amtszeit im Parlament einzubringen. Die Diskussion um die rechtliche Grundlage der Verlängerung der

Amtszeit von Chief Justice Ngcobo bestärkte die politischen Gegner von Präsident Zuma, die ihm mangelnden Respekt gegenüber der Verfassung vorwerfen.

Gesellschaftspolitische Analyse des Landes veröffentlicht

Im April 2010 rief Präsident Jacob Zuma das „National Planning Committee“ (NPC) ins Leben und ernannte den renommierten, früheren Finanzminister Trevor Manuel zum Vorsitzenden. Zu den Aufgaben der NPC gehört unter anderem die Erarbeitung von gesellschaftspolitischen Analysen und strategischen Zukunftsplänen für das Land.

Anfang Juni präsentierten Trevor Manuel und sein 25-köpfiges Expertenteam aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft einen Bericht, der als eine kritische gesellschaftspolitische Bestandsaufnahme Südafrikas bezeichnet werden kann. In beeindruckender Offenheit und Deutlichkeit werden darin die Probleme des Landes benannt:

- Die hohe Arbeitslosigkeit: nur 41 % der südafrikanischen Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren ist erwerbstätig;
- Die schlechte Qualität des Schulsystems: 65 % aller jungen Südafrikaner beenden die Schule ohne einen Schulabschluss und von denen, die alle 12 Schuljahre abschließen, bestehen zwar 68 % das sogenannte Matric, aber nur 15 % davon erreichen eine Note von über 40 %;
- Inadäquate und ineffiziente Infrastruktur: jahrelang wurde zu wenig in die Infrastruktur für Energie, Wasser, Transport sowie Information und Kommunikation investiert;
- Die in der Apartheidszeit bestimmte Raumplanung dominiert noch immer die Gesellschaft: die Ärmsten leben entweder in ländlichen Gebieten oder in urbanen Regionen fern von den wirtschaftlichen Zentren;
- Die ressourcenintensive und nicht nachhaltige Entwicklung: Südafrika gehört durch seine Abhängigkeit von Kohle zu den größten CO2 Emittenten;
- Die schlechte Qualität des öffentlichen Gesundheitssystems;
- Erhebliche Kapazitätsprobleme im öffentlichen Dienst;
- Die zunehmende Korruption in staatlichen und halbstaatlichen Institutionen;
- Segregierte Gesellschaftsgruppen: Rasse, Geschlecht, Ausbildung und Einkommen definieren noch immer in überdurchschnittlichem Ausmaß die Chancen und Zukunftsaussichten junger Menschen.

Mitte November wird die NPC das Strategiepapier „Vision 2030“ der Öffentlichkeit vorstellen. Die „Vision 2030“ wird einen nationalen Entwicklungsplan enthalten, der aufzeigt, welche politischen Schritte einzuleiten sind, um die gesellschaftspolitischen Herausforderungen Südafrikas zu meistern. Kritiker sind allerdings skeptisch, ob der politische Wille vorhanden ist, den Plan auch wirklich umzusetzen und die nötigen Mittel dafür bereit zu stellen.

Fortsetzung: Gesetzesentwürfe zur Medienpolitik

Die ANC-Fraktion im nationalen Parlament hat dem Druck der Öffentlichkeit nachgegeben und tiefgreifende Änderungen im Entwurf des Gesetzes zum Schutz von geheimen Informationen, die „Protection of Information Bill“ (oder kurz auch „Secrecy Bill“ genannt) angekündigt. Seit beinahe einem Jahr protestieren Oppositionspolitiker, Zivilgesellschaftsorganisationen, Medienvertreter und politische Analysten gegen den Gesetzesentwurf, der die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit in Südafrika deutlich einschränken würde. Der Entwurf sah ursprünglich vor, allen staatlichen Organen (d.h. bis auf Kommunalebene und einschließlich Staatsunternehmen; es gibt insgesamt 1001 staatliche Organe) zu geben, Dokumente im „nationalen Interesse“ oder zur „Sicherheit des Staates“ zur vertraulichen Verschlussache zu en. Journalisten, könnten mit bis zu 25 Jahren Haft geahndet werden, ebenso wie die Informanten selbst.

Der ANC willigte nun überraschend ein, die strittigsten Paragraphen des Gesetzesentwurfs abzuschwächen. Es wird nun vorgeschlagen, dass nur staatliche Sicherheitsorgane Informationen als geheim einstufen können und dass Informanten (sogenannte „Whistle Blowers“) nicht mehr zwingend mit einer Gefängnisstrafe rechnen müssen. Das Zuspätschieben von geheimen Informationen sowie deren Publikation wäre allerdings weiterhin strafbar. Die Kehrtwende des ANC ist voraussichtlich aufgrund der scharfen Kritik des Allianzpartners COSATU zu Stande gekommen, der – so wie viele andere Kritiker auch – befürchtet, der Entwurf in seiner ursprünglichen Form könne missbraucht werden, um korrupte Machenschaften zu vertuschen.

Julius Malemas neuer Beitrag zur Landreform

Julius Malema, Präsident der ANC-Jugendliga, der letztes Jahr die Debatte um die Verstaatlichung der Minen anregte, brachte erneut das Thema Landreform auf den Tisch. Während des Kongresses der Jugendliga im Juni wurde Malema einstimmig für drei weitere Jahre als Präsident gewählt. Der Kongress verabschiedete unter anderem Positionspapiere zur Verstaatlichung von Minen, Banken und anderen strategischen Wirtschaftssektoren, sowie zur Landreform.

Die 1994 begonnene Landreform ist durch Inkompetenz, Korruption sowie durch langwierige und komplizierte Rechtsstreitigkeiten derart ins Stocken geraten, dass die Stimmen nach einer Reform des Prozesses lauter werden. Zudem ist unklar wie viel Land im Rahmen des bisherigen Landreformprozesses bereits an „Schwarze“ umverteilt wurde. Die staatlichen Angaben schwanken und der Vorwurf wird laut, dass die statistische Erfassung fehlerhaft ist. Julius Malema und die ANC-Jugendliga vertreten in der Diskussion eine radikale Position: Sie fordern, Land ohne Kompensation umzuverteilen. Malemas gefährliche Rhetorik richtet einen unermesslichen wirtschaftlichen Schaden an und schreckt in- und ausländische Investoren ab. Der Regierung wird von Wirtschaftsvertretern und Analysten vorgeworfen, nicht deutlich genug Position zu beziehen. Die verbale Beteuerung, Verstaatlichung sei nicht Politik des ANC, ist nicht das starke Signal, das notwendig

wäre, um das Investitionsklima zu verbessern. Im Gegenteil, nun ist zu erwarten, dass Julius Malema, dessen politische Stellung durch seine Wiederwahl gestärkt wurde, seine Verstaatlichungspläne in den ANC-Parteitag im nächsten Jahr einbringen wird.

AUSSENPOLITIK

Südafrikas Position zu Libyen

Im März stimmte Südafrika als nicht-ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates den beiden Libyen-Resolutionen zu. Diese Entscheidung stieß in Südafrika nicht nur auf Zustimmung. Die ANC-Jugendliga wirft Präsident Zuma in diesem Zusammenhang vor, die „imperialistischen Absichten“ der USA und der EU nicht erkannt zu haben. Vertreter des Pan-Afrikanismus, wie zum Beispiel Ex-Präsident Thabo Mbeki, kritisieren, dass die südafrikanische Regierung den Lösungsvorschlägen der Afrikanischen Union (AU) zu wenig Beachtung geschenkt hätte. Ungeachtet der innenpolitischen Diskussion zeigt Präsident Zuma jedoch großes Engagement als Vermittler und bemüht sich, Muammar Gaddafi zu einem Waffenstillstand zu bewegen.

WIRTSCHAFT

Zustimmung zur Übernahme Massmarts durch die US-Firma Walmart

Anfang Mai tagte das Wettbewerbsgericht (*competition tribunal*) eine Woche lang, um über die geplante Übernahme des südafrikanischen Konzerns Massmart durch den amerikanischen Einzelhandelsriese Walmart zu entscheiden. Gewerkschaften und drei einzelne Ministerien befürchteten, dass durch die Übernahme die Importe von Waren zu Lasten der lokalen Produktion zunehmen würden. Damit verbunden war die Befürchtung von Stellenstreichungen. Die Ministerien forderten daher vom Wettbewerbsgericht strikte Bedingungen zum Schutz von Arbeitsplätzen und Garantien bezüglich der Beschaffung von lokalen Produkten. Vertreter von Massmart und Walmart ihrerseits verwiesen auf den positiven Effekt, den Preissenkungen für Konsumenten und den Verbraucherpreisindex haben würden.

Am letzten Tag der Anhörungen machten Massmart und Walmart freiwillige Zugeständnisse: Die beiden Konzerne boten unter anderem an, zwei Jahre lang keine Entlassungen vorzunehmen und einen Fonds von 100 Mio. Rand aufzulegen, um kleinen Zulieferern bei der Anpassung finanzielle Unterstützung zu bieten. Walmart machte aber deutlich, dass sie bei zu stringenten Bedingungen die Übernahme absagen würden. Am 31. Mai entschied das Wettbewerbsgericht, der Übernahme von Massmart durch Walmart unter gewissen Bedingungen grünes Licht zu geben. Die Bedingungen reflektierten im Wesentlichen die Zugeständnisse, die Massmart und Walmart während den Anhörungen machten.

Aktuelle Wirtschaftsdaten

Inflation März / April / Mai: 4,1 % / 4,2 % / 4,6 %

BIP 1. Quartal 2011: 4,8 % (4. Quartal 2010: 4,5 %)

Leitzins der Zentralbank: 5,5 % (unverändert)

Arbeitslosenrate 1. Quartal 2011: 25 % (4. Quartal 2010: 24 %)

Obwohl das BIP im ersten Quartal 2011 unerwartet stark anstieg, scheint die Wirtschaft nur langsam in Schwung zu kommen. Konsumausgaben und die Aufnahme von Darlehen durch Haushalte wie auch Firmen waren in den letzten Monaten verglichen mit denselben Monaten des letzten Jahres sogar rückläufig. Die Inflation nimmt hingegen weiter zu, was vor allem am hohen Ölpreis liegt. Es wird erwartet, dass der Verbraucherpreisindex in diesem Jahr um weitere 6 % steigen wird. Die Zentralbank (SARB), deren Ziel es ist, die Inflationsrate zwischen 3 und 6 % zu halten, wird dann vor der schwierigen Entscheidung stehen, ob sie dem Inflationsdruck nachgeben und den Leitzins anheben wird oder ob sie der Wirtschaft weiter Zeit zur Erholung gibt. Ein höherer Leitzins könnte angesichts der langsamen Erholung der Wirtschaft und der hohen Verschuldung der Haushalte weitere Probleme verursachen.

GESELLSCHAFT

Nachrufe Albertina Sisulu & Kader Asmal

Im Juni verstarben zwei bekannte Persönlichkeiten des Widerstands gegen die Apartheid. Albertina Sisulu, Witwe des Freiheitskämpfers Walter Sisulu, verstarb 92-jährig am 2. Juni. In der Transkei geboren, zog sie als Teenager nach Johannesburg, wo sie zur Krankenschwester und Hebamme ausgebildet wurde. 1944 heiratete sie Walter Sisulu, der sie für Politik und den Kampf gegen die Apartheid begeistern konnte. In den 60er Jahren erhielt ihr Mann eine lebenslange Haftstrafe und wurde zusammen mit Nelson Mandela auf Robben Island inhaftiert. Albertina Sisulu selbst wurde für fünf Jahre des Landes verwiesen und für weitere zehn Jahre unter Hausarrest gestellt. Sie wurde Mitglied der ANC-Frauenliga, der sie später als stellvertretende Präsidentin vorstand. MaSisulu, wie sie liebevoll genannt wird, war auch maßgeblich an der „Freedom Charter“ beteiligt. Im Jahr 1994 wurde sie ins erste demokratische Parlament gewählt. Albertina Sisulu wird auch die Mutter der Nation genannt und war selbst nach ihrem Rückzug aus der Öffentlichkeit im Jahr 1998 eine äußerst populäre Persönlichkeit.

Am 24. Juni verstarb Kader Asmal im Alter von 76 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts. Asmal war ein renommierter Jurist, der in England sein Studium absolvierte. Bis zum Ende der Apartheid war er Professor für Menschenrechte und internationales Recht. Er war Mitbegründer der britischen und irischen Anti-Apartheidsbewegungen und Rapporteur der drei UN-Konferenzen zur Apartheid in den 70er und 80er Jahren. Nach dem Ende der Apartheid kehrte er nach Südafrika zurück

und wurde Minister für Wasser und später Minister für Bildung. Asmal war maßgeblich an der Ausarbeitung der südafrikanischen Verfassung beteiligt. Noch wenige Tage vor seinem Tod kritisierte er öffentlich die „Secrecy Bill“ (Gesetz zum Schutz von geheimen Informationen, siehe oben), welche die Presse- und Meinungsfreiheit verletzen würde. Kader Asmal galt als korrekter, prinzipientreuer Mann, der noch lange nach Ende der Apartheid die moralischen Grundsätze des ANC verteidigte. Im Jahr 2008 legte er aus Protest gegen die Auflösung der „Scorpions“ sein Mandat nieder und zog sich aus der Politik zurück. Mit seinem Ableben verliert Südafrika eine weitere Persönlichkeit, die ihre Spuren im Freiheitskampf und in der jungen Demokratie hinterließ.

Wolf Krug

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Johannesburg, Südafrika.

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Lucy Kormann.

IMPRESSUM

Erstellt: 20.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de